

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Polizei
Dienst für Analyse und Prävention
Herrn Philipp Bürgi
3003 Bern

12. Oktober 2006

Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120) (Besondere Mittel der Informationsbeschaffung) – Fragenkatalog

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung, zur oben genannten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen.

Allgemeine Bemerkungen

Die sicherheitspolitische Lage, das Gefährdungspotenzial sowie Art und Umfang der Sicherheitslücken, wie sie im Bericht dargestellt werden, erscheinen der EVP als durchaus realistisch und die vorgesehene Revision des BWIS als eine grundsätzlich angemessene Reaktion. Anerkannt wird auch das deutliche Bestreben, auf der einen Seite zwar die als notwendig erscheinenden Mittel zur Verhinderung allfälliger gegen die innere Sicherheit gerichteten Aktivitäten zur Verfügung zu stellen, gleichzeitig aber auch weitgehende Massnahmen und Vorkehren vorzusehen, die Missbrauch so weit als überhaupt möglich ausschliessen.

Die Vernehmlassungsfragen beantwortet die EVP wie folgt:

Frage 1: Gesamteindruck?

Wie beurteilen Sie die Vorlage insgesamt (zustimmend, teilweise zustimmend, ablehnend)?

Die EVP stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Sie wird durch ihre Vertreter in den eidg. Räten in Detailfragen im Rahmen der Kommissionsarbeit und der Beratungen in den Räten zu untergeordneten Details Stellung nehmen.

Frage 2: Total- oder Teilrevision?

Halten Sie die vorgeschlagene Teilrevision für ausreichend? Oder würden Sie eine Totalrevision des BWIS begrüssen?

Die im Bericht aufgeführten Argumente, im gegenwärtigen Zeitpunkt nur eine Teilrevision vorzusehen, erscheinen uns überzeugend. Für eine Totalrevision ist noch zu vieles offen oder unklar.

Frage 3: Überführung der Auskunfts- und Meldeverordnung ins ordentliche Recht?

Wie beurteilen Sie die Überführung der Verordnung vom 7. November 2001 betreffend die Ausdehnung der Auskunftspflichten und des Melderechts von Behörden, Amtsstellen und Organisationen zur Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit ins ordentliche Recht (Artikel 13a des Entwurfs)? Erachten Sie den Kreis der Auskunftspflichtigen für angemessen?

Die Überführung der VO ins ordentliche Recht ist sinnvoll. Damit wird die Ausdehnung der Auskunftspflichten und des Melderechts auf eine höhere Gesetzesstufe gehoben, so dass das Parlament auch hier mitwirken und entscheiden kann. Die Abgrenzung des Kreises der Auskunftspflichtigen hat eine innere Logik und macht Sinn.

Frage 4: Eingeschränkter Geltungsbereich für die besonderen Mittel der Informationsbeschaffung angemessen?

Halten Sie die Beschränkung von Mitteln der besonderen Informationsbeschaffung auf die Bereiche Terrorismus, verbotener politischer und militärischer Nachrichtendienst und Proliferation für angemessen?

Ja.

Frage 5: Mittel der besonderen Informationsbeschaffung ausreichend?

Beurteilen Sie die besonderen Mittel der Informationsbeschaffung (Kommunikationsüberwachung, Beobachtung an nicht allgemein zugänglichen Orten auch mittels technischem Überwachungsgerät, geheimes Durchsuchen Datenbearbeitungssystem) für ausreichend? Falls nein, welche zusätzliche Mittel erachten Sie als wünschenswert? Oder kann auf ein Mittel ganz oder teilweise verzichtet werden?

Es werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, zum Teil auch solche, mit welchen sehr sensible Daten über grössere und unbestimmte Personenkreise erhoben werden können. Es wird aber anerkannt, dass gerade bezüglich solcher Mittel die notwendigen und möglichen Sicherungsmassnahmen vorgesehen sind.

Frage 6: Anordnungs- und Genehmigungsverfahren?

Erachten Sie das Verfahren zur Anordnung von besonderen Mitteln zur Informationsbeschaffungsmassnahmen (Antrag fedpol, anschliessend doppelte Prüfung durch das Bundesverwaltungsgericht und durch die Departementsvorsteher des EJPD und VBS bzw. durch den Bundesrat) für angemessen?

Ja.

Tätigkeitsverbot

Frage7: Kriterien für ein Tätigkeitsverbot richtig?

Erachten Sie die Anordnungsvoraussetzungen für ausreichend? Falls nein, sollen die Anordnungsvoraussetzungen verschärft oder gemildert werden? Im Falle einer Verschärfung: Welche zusätzlichen Kriterien erachten Sie für notwendig? Im Falle einer Milde- rung: Auf welche Kriterien kann verzichtet werden?

Wir erachten die Voraussetzungen für die Anordnung von Tätigkeitsverboten als ausreichend. Allerdings wird es in concreto nicht immer einfach sein, die entsprechenden Nachweise für das Vorliegen der Voraussetzungen rechtsgenügend zu erbringen. Dies ist aber ein Problem, welches auch in vielen anderen Rechtsgebieten gegeben ist.

Übriges

Frage 8: Andere Massnahmen notwendig?

Gibt es weitere Massnahmen präventiv-polizeilicher Natur, die Sie zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit als notwendig erachten würden? Falls ja, welche und warum?

Nach Auffassung der EVP sind zunächst einmal mit der vorgesehenen Teilrevision Erfahrungen zu sammeln. Im Rahmen einer späteren Totalrevision des BWIS können allfällige Ergänzungen, bzw. weitere sich aufdrängende Massnahmen diskutiert werden.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unserer Vernehmlassungsamtwort entgegen bringen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Dr. Ruedi Aeschbacher
Parteipräsident und Nationalrat



Joel Blunier
Generalsekretär